



## Debatte um türkische Gymnasien geht an der Realität vorbei

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, 25. März 2010

**"Die Debatte über die Einrichtung türkischer Gymnasien in Deutschland geht an der Realität vorbei", erklärt Sevim Dagdelen zum Vorschlag des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, türkische Gymnasien in der Bundesrepublik zu eröffnen. "In Deutschland geborene oder aufgewachsene Kinder und Jugendliche türkischer Abstammung sind ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Sie sind in erster Linie Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende - mit all den Problemen, die mit ihrem sozialen Status verbunden sind. Und diese Probleme lassen sich nicht durch türkische Gymnasien lösen. Das muss auch Erdogan akzeptieren." Die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe weiter:**

"Gerade die Bundesregierung sollte sich mit Ratschlägen und Schuldzuweisungen gegenüber Erdogan allerdings zurückhalten. Es ist verlogen mit Begriffen wie ‚Parallelgesellschaft‘ von gezielter

sozialer Ausgrenzung abzulenken. Die bisherigen Bundesregierungen sind wesentlich dafür verantwortlich, dass die Migrantinnen und Migranten von den sozialen Problemen im Bildungssystem stärker betroffen sind, dass sie diskriminiert und ausgegrenzt werden.

Wer Ausgrenzung und Diskriminierung verhindern will, muss die sprachliche Entwicklung von Kindern mit Migrationshintergrund verbessern. Das bedeutet, sich für einen Rechtsanspruch auf kostenlose Kita- und Kindergartenplätze einzusetzen, und dies nicht erst für Kinder ab drei Jahren, sondern bei Bedarf auch schon früher. Wer die miserable Bildungssituation von Migrantinnen und Migranten kritisiert, muss Gemeinschaftsschulen bis zur Klasse 10 als Regelschulen und zudem individuelle Förderung anbieten. Wer die mangelnde Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund kritisiert, muss die Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt durch eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage entschärfen.

Und wer sich daran stört, dass die Erdogan in Deutschland Beifall für seine Forderung erhält, muss endlich den Weg ebnen für Gleichberechtigung und Partizipation. Die Regierungsfractionen können heute damit anfangen, indem sie im Bundestag unserem Antrag zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige zustimmt."